



Meinungen der Polen über die polnisch-deutschen Beziehungen nach dem Regierungswechsel in beiden Ländern

Eine Meinungsumfrage des Institute of Public Affairs in Warschau

Die Meinungsumfrage wurde unter Mitarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung und unter der Schirmherrschaft des Außenministeriums der Republik Polen im Rahmen des Projekts „Polen und Deutschland. Gegenseitige Wahrnehmung nach dem EU-Beitritt Polens“ durchgeführt. Von 25. bis 28. November 2005 befragten Mitarbeiter des Zentrums für Erforschung gesellschaftlicher Meinungen (CBOS) im repräsentativen Querschnitt insgesamt 1005 Personen über 18 Jahre. Ein ausführlicher Bericht des Institute of Public Affairs erscheint in Kürze.



**MINISTERSTWO
SPRAW ZAGRANICZNYCH**



Kurz nach der Konstituierung der neuen Regierung in Berlin kam Angela Merkel zu einem politischen Besuch nach Warschau. Dabei wollte die neue deutsche Bundeskanzlerin ihre Dialogbereitschaft, aber auch den Willen signalisieren, eine Veränderung des Klimas in den polnisch-deutschen Beziehungen herbeizuführen. Dieser Besuch sollte in erster Linie dem gegenseitigen Kennenlernen dienen und hat zumindest in dieser Hinsicht seinen Zweck erfüllt. Ähnliche Hoffnungen verknüpfte auch Ministerpräsident Kazimierz Marcinkiewicz mit dieser Visite.

Ein qualitativer Umbruch in den beiderseitigen Beziehungen lässt jedoch weiterhin auf sich warten, da auch weiterhin bedeutende Unterschiede zwischen Polen und Deutschland existieren. Außerdem haben die politischen Eliten beider Länder bislang noch kein anderes langfristiges, gemeinsames Ziel gefunden, wie es die Osterweiterung der EU und der Beitritt Polens zu NATO und EU gewesen waren.

Doch trotz der sicherlich angebrachten Vorsicht hinsichtlich der erwarteten Veränderungen, die die neue Bundesregierung unter Angela Merkel in für Polen sehr wichtigen Gebieten in Angriff nehmen wird (u.a. EU-Ostpolitik, transatlantische

Beziehungen, Energiesicherheit), ist bereits die von Frau Merkel ausdrücklich gewürdigte Dialogbereitschaft ein wertvolles Startkapital. Und zwar um so mehr, als der deklarierten Dialogbereitschaft bereits einige konkrete Vorschläge zur näheren Strukturierung der bilateralen Beziehungen gefolgt sind, wie z.B. die Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Problematik der geplanten Erdgasleitung durch die Ostsee. Es wäre wünschenswert, wenn sich diese Initiative allmählich in ein dauerhaft institutionalisiertes Gremium des polnisch-deutschen Dialogs über Energiefragen umwandeln würde.

Vertreter der neuen Regierungspartei in Polen – PiS - sind nach dem Machtwechsel ebenfalls bemüht, den gegenwärtigen Dialogbedarf zu betonen und sprechen eher von Ähnlichkeiten als von Unterschieden zwischen PiS und CDU. Noch einige Monate zuvor hatte sich Lech Kaczyński in einem Interview mit der Warschauer Tageszeitung „Rzeczpospolita“ beinahe gerühmt, dass seine Partei keinerlei Kontakte mit deutschen Politikern pflege.

Derzeit gibt dagegen ein enger Mitarbeiter der Gebrüder Kaczyński ganz offen zu, dass das „PiS der CDU in vielen Frage sehr nahe steht. Zum Beispiel im Verhältnis zu Russland oder in den transatlantischen Beziehungen“ (jüngste Äußerung von Adam Bielan in der „Rzeczpospolita“). In ähnlicher Weise begrub auch Ministerpräsident Kazimierz Marcinkiewicz den Streit um das geplante Zentrum gegen Vertreibungen und betont statt dessen die Notwendigkeit, einen polnisch-deutschen Kompromiss in dieser Frage zu erarbeiten.

Dieser deutlich veränderte, freundlichere Tonfall bedeutet jedoch nicht, dass die polnisch-deutschen Unterschiede nicht mehr existieren würden. Er lässt auch nicht die Schlussfolgerung zu, dass mit einem Mal gleichsam Deus ex machina eine Liste von wichtigen langfristigen, gemeinsam zu verwirklichenden Projekten entstanden ist, die den bilateralen Beziehungen einen neuen, höherwertigen Status verleihen. Denn der Dialog hochrangiger Politiker kann aufgrund des soliden Fundaments der sozialen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Verbindung mit dem bedeutsamen Handelsverkehr, den regen Kontakten in den polnisch-deutschen Grenzregionen und der Kooperation von Selbstverwaltungsorganen und wissenschaftlichen Einrichtungen dabei helfen, die noch bestehenden Unterschiede zu beseitigen. Dieser Dialog kann außerdem dazu anspornen, zukünftige bilaterale oder sogar europäische Großprojekte Polens und Deutschlands in Angriff zu nehmen.

Derartige Maßnahmen werden auch dadurch begünstigt, dass die polnische Gesellschaft den Nachbarn im Westen auf überraschend positive und offene Weise betrachtet. Wie aus den neuesten Untersuchungen des Institute of Public Affairs hervorgeht, möchten die Polen in ihrer überwiegenden Mehrheit mit den Deutschen konstruktiv zusammenarbeiten und sind daher zu bestimmten Kompromissen bereit. Die überaus kritische Sicht der gegenwärtigen bilateralen Beziehungen, die die öffentliche Debatte in Polen beherrscht, wird von weiten Teilen der polnischen Gesellschaft nicht geteilt.

Statt dessen schätzt die überwiegende Mehrheit der Befragten – vier Fünftel! – den gegenwärtigen Zustand der polnisch-deutschen Beziehungen durchaus positiv ein. Die Polen blicken nach den letzten Wahlen in Polen und Deutschland insgesamt recht optimistisch auf die langfristigen Perspektiven der Beziehungen mit dem Nachbarn westlich der Oder. So neigen die Polen zur Auffassung, dass die Regierungen von Angela Merkel und Kazimierz Marcinkiewicz eher zur Verbesserung der polnisch-deutschen Beziehungen beitragen werden.

Deutschland als Partner Polens

Die Polen sind davon überzeugt, dass die Zusammenarbeit mit dem Nachbarn westlich der Oder von außerordentlicher Bedeutung ist. Denn Deutschland wird von polnischer Seite als einer der wichtigsten Partner Polens angesehen. Denn sowohl in politischer und wirtschaftlicher, als auch in militärischer Hinsicht wird Deutschland unter den Befragten zu den am meisten favorisierten Staaten gezählt.

Tabelle 1

Mit welchen Staaten sollte Polen Ihrer Meinung nach am engsten zusammenarbeiten? (Angaben in Prozent)

	wirtschaftlich	politisch	militärisch
Tschechische Republik	13	8	3
Frankreich	10	13	8
Japan	9	2	2
Litauen	4	3	1
Deutschland	37	32	21
Russland	34	18	11
Slowakei	3	4	2

USA	32	44	64
Großbritannien (England)	23	29	34
Ukraine	14	8	3
schwer zu sagen	8	15	16

(Quelle: Angaben des Institute of Public Affairs)

*Die Teilnehmer der Umfrage durften höchstens zwei Staaten aus obiger Länderliste auswählen.

Austausch von Handelsgütern und Investitionen zwischen beiden Ländern tatsächlich auf einem sehr hohen Niveau bewegt. In der polnischen Gesellschaft steht jedoch auch die politische Kooperation hoch im Kurs. Dabei nimmt Deutschland gleich nach den USA und vor Großbritannien den zweiten Rang ein. Allein im Bereich der militärischen Zusammenarbeit herrscht unverändert eine Auffassung, die bereits früher von zahlreichen anderen Untersuchungen bestätigt wurde: Polen sollte sich in erster Linie auf die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten konzentrieren. Deutschland hingegen erhält dennoch eine recht bedeutende Anzahl von Stimmen und nimmt den dritten Platz ein.

Die Einschätzung der polnisch-deutschen Beziehungen und der Rolle Deutschlands in Europa

Kenner der polnisch-deutschen Beziehungen weisen bereits seit längerem darauf hin, dass nach dem Beitritt Polens zur NATO und EU ein Ziel fehlt, das von beiden Seiten akzeptiert wird und den gemeinsamen Projekten beider Staaten ein notwendiges Mindestmaß an Legitimität und Bindekraft verleiht. Die Zeit nach dem EU-Beitritt Polens im Mai 2004 scheint diese Diagnose zu bestätigen. Die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland offenbarten nämlich seither zahlreiche Konflikte, die sowohl die Interpretation der gemeinsamen Geschichte als auch die Europa- (zukünftige EU-Verfassung) und Weltpolitik (Irak-Krieg) betrafen.

Im Januar 2004 brach eine öffentliche Debatte über die Qualität der geplanten EU-Verfassung aus. Anhand der dabei von den Politikern in die Waagschale geworfenen Argumente kristallisierten sich bestimmte Interessenskonflikte zwischen Polen, Deutschland und Frankreich heraus. Im Verlauf dieser Debatte erklärten laut Meinungsumfragen fast 57% aller Polen, dass Deutschland unter allen EU-Staaten den Polen am wenigstens wohlgesonnen sei (siehe CBOS, 25/2004). Damals

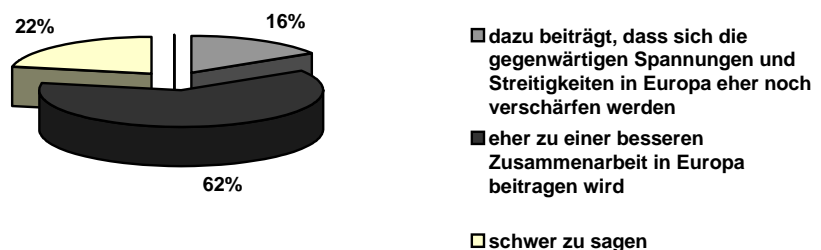
argumentierte man mit der Hypothese, dass Polen und die alten Mitgliedsländer der EU gegensätzliche Interessen besäßen. Außerdem wurde der Vorwurf laut, dass Frankreich und Deutschland versuchen würden, die neuen Mitgliedsländer politisch zu marginalisieren.

Auch die jüngsten Monate waren reich an kritischen Kommentaren, die sich an die Adresse der Bundesregierung richteten. In der polnischen Presse konnte man lesen, dass „man in Berlin den Verantwortlichen in Warschau kein Vertrauen entgegenbringt“ und nur von nationalen Egoisten, aber nicht von den Prinzipien europäischer Solidarität geleitet werde.

Es hat jedoch den Anschein, als ob die Mediendebatte und die Äußerungen der Politiker die Einstellungen innerhalb der Gesellschaft nur begrenzt beeinflussen. Extrem kritische Meinungen aus der Zeit der EU-Verfassungsdebatte erwiesen inzwischen eine recht kurze Halbwertszeit.

Bezüglich der Rolle Deutschlands in Europa erklärt die Mehrheit der Polen, dass Deutschland „eher zu einer besseren Zusammenarbeit beitragen wird“ (62%). Indessen ist lediglich eine Minderheit der Meinung, dass Deutschland „eher zur Verschärfung der Spannungen und Streitigkeiten in Europa beitragen wird“ (16%).

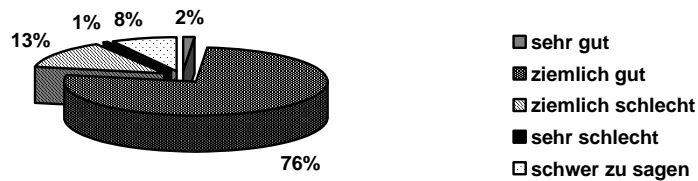
Zeichnung 1 - Das heutige Deutschland ist ein Land, das...



(Quelle: Angaben des Institute of Public Affairs)

Wie man sehen kann, spiegeln die kritischen Äußerungen der polnischen Politiker zur deutschen Europapolitik nicht unbedingt die Stimmung der polnischen Gesellschaft wider. Denn entgegen der Einschätzung vieler Politiker und Analytiker ist die überwiegende Mehrheit der Polen der Meinung, dass sich die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland eher gut entwickeln.

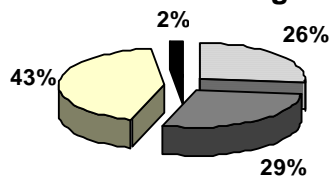
Zeichnung 2 – Wie entwickeln sich Ihrer Meinung nach die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen?



(Quelle: Angaben des Institute of Public Affairs)

Lediglich eine Minderheit der Polen ist der Ansicht, dass sich die polnisch-deutschen Beziehungen schlecht entwickeln. Etwa die Hälfte der Befragten, die den gegenwärtigen Stand der Beziehungen zwischen unseren Ländern für schlecht halten, ist der Auffassung, dass dafür beide Seiten gleichermaßen verantwortlich sind. Die Polen suchen die Ursachen für die derzeitigen Schwierigkeiten weniger in der Gegensätzlichkeit der nationalen Interessen oder im mangelnden guten Willen der Politiker beider Länder, als vielmehr in den schwierigen Erfahrungen der polnisch-deutschen Beziehungsgeschichte.

Zeichnung 3 – Die zuletzt keineswegs optimalen polnisch-deutschen Beziehungen sind vor allem eine Folge...



- des fehlenden guten Willens der Politiker und ihrer Unfähigkeit, die Probleme zu lösen
- der gegensätzlichen Interessen von Polen und Deutschland
- der schwierigen historischen Erfahrungen

*Die Frage wurde nur denjenigen Umfrageteilnehmern gestellt, die die polnisch-deutschen Beziehungen für schlecht halten.

(Quelle: Angaben des Institute of Public Affairs)

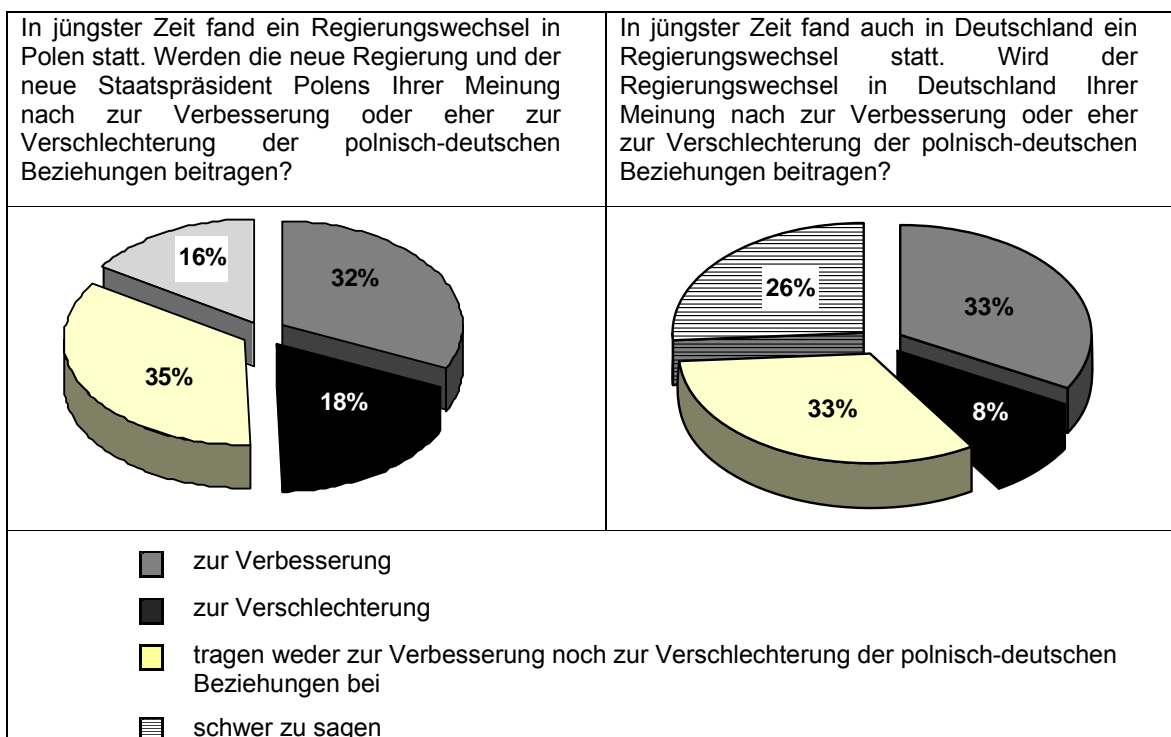
Unter den Problemfeldern, die die gesellschaftliche Einschätzung der gegenwärtigen Beziehungen zwischen unseren Ländern überaus negativ beeinflussen, ist vor allem die deutsch-russische Zusammenarbeit hinsichtlich der Ostsee-Erdgasleitung zu nennen. Über 80% der Befragten schätzen die diesbezüglichen deutsch-russischen

Gespräche und Pläne eindeutig negativ ein. Hinter dieser Missbilligung verbergen sich gesellschaftliche Befürchtungen, die eher mit Russland als mit Deutschland zusammenhängen. Eine eventuelle Bedrohung seitens Deutschlands befürchten beinahe 30% der Polen – seitens Russland über 60%! Die Untersuchung zeigt deutlich, dass die polnische Gesellschaft gute Beziehungen zu Deutschland will, aber gleichzeitig über eine deutsch-russische Kooperation beunruhigt ist, die sich über die Köpfe der Polen hinweg vollzieht und polnische Interessen oder Ängste gänzlich unberücksichtigt lässt.

Der Einfluss des Regierungswechsels in Polen und Deutschland auf die Beziehungen zwischen unseren Ländern

Die positive Einschätzung des gegenwärtigen Stands der polnisch-deutschen Beziehungen verbindet sich mit der Hoffnung, dass diese Beziehungen noch besser sein können. Nach Ansicht etwa eines Drittels aller Befragten ist der Regierungswechsel in beiden Ländern der Verbesserung der bilateralen Beziehungen eher förderlich. Die Polen teilen dabei nicht die Meinung einiger politischer Beobachter, dass die derzeitige Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ [PiS] antideutsche Ressentiments hegt. Lediglich 18% aller Befragten meinen, dass die Regierung von Ministerpräsident Marcinkiewicz zu einer Verschlechterung der Beziehungen zu Deutschland und anderen westeuropäischen Nachbarn führen wird.

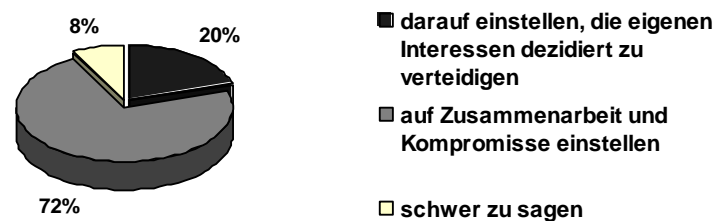
Zeichnung 4



(Quelle: Angaben des Institute of Public Affairs)

Innergesellschaftliche Auffassungen sollten natürlich nicht der einzige Wegweiser für die Verantwortlichen der Außenpolitik sein. Sie müssen jedoch bei der Formulierung der Grundsätze der polnischen Politik gegenüber unseren westlichen Nachbarn stets in Betracht gezogen werden. Die überwiegende Mehrheit der Polen (72%) – darunter große Teile der Wählerschaft des PiS – sind der Meinung, dass Polen sich in seinen Beziehungen zu Deutschland eher „auf Zusammenarbeit und Kompromisse einstellen“ sollte, anstatt die „eigenen Interessen dezidiert zu verteidigen“.

Zeichnung 5 – Polen sollte sich in seinen Beziehungen zu Deutschland vor allem...



(Quelle: Angaben des Institute of Public Affairs)

Insgesamt zeigt sich also abermals, dass die Auffassungen innerhalb der Gesellschaft mit Expertenmeinungen und Äußerungen von Politikern teilweise erheblich differieren. Beobachter der Außenpolitik Polens und Deutschlands weisen dabei auf zahlreiche Spannungsfelder und ernste Interessenskonflikte zwischen beiden Ländern hin. Nach dem Wahlsieg des PiS und des zukünftigen Staatspräsidenten Lech Kaczyński rechneten Kommentatoren auf beiden Seiten eher mit neuen Spannungen in den bilateralen Beziehungen.

Hinsichtlich der Großen Koalition in Deutschland fielen die Bewertungen der Experten wider Erwarten erheblich pessimistischer aus. Indessen erwartet die überwiegende Mehrheit der polnischen Gesellschaft eher eine weitere Verbesserung der ohnehin nicht für schlecht gehaltenen beiderseitigen Beziehungen. Insgesamt sehen die Polen nämlich ihren Nachbarn westlich der Oder keineswegs als Bedrohung an. Man ist vielmehr zur weitgehenden Zusammenarbeit mit Deutschland (und anderen westeuropäischen Staaten) bereit.